

# Sozialdemokratischer Informationsbrief

Kiel, 10.11.2005

## Landtag aktuell

**Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn**

*TOP 18 – Keine Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke (Drucksache 16/304)*

**Konrad Nabel:**

### **Atomkraftwerke auslaufen lassen, Offshore-Windenergie ausbauen**

Im Antrag des SSW werden zwei Themen miteinander gekoppelt, die nicht zwingend gemeinsam debattiert werden müssen, auch wenn unser Wirtschaftsminister diesen Zusammenhang in einer seiner Veröffentlichungen unlängst hergestellt hat.

Zur Frage der Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken haben wir uns nicht nur hier im Landtag bereits intensiv ausgetauscht, zuletzt am 2. September. Aufmerksame Zuhörer und Zeitungsleser/-innen kennen die unterschiedlichen Auffassungen von SPD und CDU, und die unterschiedliche Interpretation des Koalitionsvertrages zu diesem Thema bleibt ebenfalls deutlich erkennbar. Dem ist aus meiner Sicht heute eigentlich nichts hinzuzufügen. Nicht nur in der Frage der Nutzung der Atomenergie gilt: Verträge sind von beiden Seiten einzuhalten. **An den vereinbarten Restlaufzeiten darf es keine Veränderungen geben!**

Und weil wir uns alle hier im Haus gegenseitig kennen, wissen wir, dass auch unser Wirtschaftsminister seine Position heute erneut vortragen wird. Das ist natürlich erlaubt, auf das Handeln der Koalition wird es aber keinen Einfluss haben. Wahrscheinlich wird er heute vortragen, dass sich ja nun auch einige deutsche Gewerkschaftsbosse auf seine Seite geschlagen hätten. Die schleswig-holsteinische SPD hat diesen Gewerkschaftsbossen deutlich gemacht, dass unsere Argumente bislang nicht widerlegt sind:

**Schleswig-Holstein**

Herausgeber:  
SPD-Landtagsfraktion  
Verantwortlich:  
Peta Bräutigam

Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel  
Tel: 0431/ 988-1305/1307  
Fax: 0431/ 988-1308

E-Mail: [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Internet: [www.spd.ltsh.de](http://www.spd.ltsh.de)

**SPD**

- Atomkraft birgt große **Sicherheitsrisiken**,
- es gibt **keine gesicherte Endlagerung** der radioaktiven Abfälle,
- die Atomkraft ist und bleibt eine **überlebte Großtechnologie von vorgestern**, die eine zukunftsfähige dezentrale Versorgungsstruktur verhindert.

Es bleibt also die Ideologie, und derjenige, der an seiner Ideologie festhält, muss wissen, dass er damit **mittel- und langfristig den Klimaschutz sowie Gesundheit und Leben der Menschen auf diesem Planeten aufs Spiel setzt**. Auch die Gewerkschaften müssen sich endlich der nachhaltigen Entwicklung verpflichten. Wir werden weiter das unsere dazu tun, dass sie sich auf einen zukunftsfähigen Weg bewegen. Und, meine Damen und Herren, wir lassen uns bei dieser Debatte auch nicht versauern.

Nun zur Offshore-Windkraft. Hier spricht der Koalitionsvertrag klare Worte: **Wir werden die Windenergie mit Augenmaß weiter ausdehnen**. "Bei der Errichtung von OffshoreAnlagen müssen Schiffssicherheit, Tourismus und Umwelt berücksichtigt werden." Ich freue mich, dass auch in Berlin aller Wahrscheinlichkeit nach ein klares Be-kenntnis für die weitere Förderung der Offshore-Windkraft ausgesprochen werden wird.

Trotz aller guten Vorzeichen sind wir in der **Realisierung der Offshore-Anlagen in größeren Windparks nicht so weit** wie wir sein wollten. Zwar sind die Planungen für sechs Projekte in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) und für den Windpark Sky 2000 mit einem geplanten Volumen von über 2.200 MW schon weit fortgeschritten, vier Windparks sind schon genehmigt, aber es gibt vor allem bei der Erteilung der Kabelgenehmigungen zum Anschluss an das Stromnetz erhebliche Verzögerungen und damit Kostensteigerungen.

Am Beispiel des Windparks Butendiek ist deutlich geworden, dass darüber hinaus die explodierenden Stahlpreise und sehr hohe Anforderungen der Banken eine Realis-

sierung von Offshore-Windparks derzeit wirtschaftlich nicht möglich machen. Daher ist der Ruf nach zusätzlichen Hilfen für Offshore-Windparks, wie er im Antrag des SSW formuliert ist, verständlich, und ich habe große Sympathie dafür, die **Energiekonzerne stärker an den Kosten zur Errichtung von Windparks zu beteiligen**. Hierfür müssen wir uns jedoch ausreichend Zeit nehmen und die Entwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und seine Auswirkungen auf die Offshore-Windkraft insgesamt sorgsam prüfen. Diese Überprüfung für das EEG wird im Jahr 2007 stattfinden. Bis dahin wollen wir jedoch keinen Stillstand bei der Offshore-Windkraft.

Auch ich betrachte mit Sorge, dass das Thema Offshore immer mehr von den großen Energieunternehmen übernommen wird und dass der Bürgerwindpark Butendiek auf der Kippe steht und in Gefahr gerät, von den Großen übernommen zu werden. Daher erwarte ich aus der Forschungsplattform NEPTUN, die den kleinen und mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit bieten soll, ihre Produkte unter Einsatzbedingungen zu erproben und im Markt zu verwerten, wichtige Impulse.

Ich beantrage daher Überweisung des SSW-Antrags in die Ausschüsse Wirtschaft, Finanzen und Umwelt, um dort das Thema insgesamt vertieft zu beraten.